

# Volksstimme

Einzelnummer 30 Fig.

Redaktion:  
Galle a. S., Gr. Franzstraße 17  
Fernsprecher 6802  
Erscheinungstage täglich von 7.12. — 1.1. Ugr.

Organ der Sozialdemokratischen Partei  
in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg,  
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschaftler“  
jeden Freitag nachmittags.

Verlag und Expedition:  
Galle a. S., Große Ulrichstraße 27  
Fernsprecher 8407  
Postfachkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 97 Preis: monatlich 3.50 Mk. bei Haus- und Wohnung 3.25 Mk. Der Postpreis 3.50 Mk. monatlich über 10.50 Mk. im Vierteljahr, Bestellschein extra. Letzteres trägt der Verlag den Kosten, des Preispreises a. d. Postsendung. Halle, Montag, den 26. April 1920 4. Jahrgang. Einzelnenpreis: Im achtwöchentlichen Anzeigenpreis 40 Pfg., im dreiwöchentlichen 2.00 Mk., für die Württembergische Zeitungszeitung mit 50% Aufschlag. — Inhalt: Der Anzeigenpreis für die nächste Ausgabe morgen 9 Uhr.

## Demokratie und Räteystem.

Der Wahlaufbruch der Unabhängigen feiert in ihnen dem Vorgegang des Räteystems, durch das erst das Selbstbestimmungsrecht und die Selbstverwaltung der arbeitenden Menschen in Betrieb, Gemeinde und Staat verwirklicht wird. Daraus muß man schließen, daß das Räteystem etwas Wunderliches ist — und man muß die Verfechter des Aufbaus umso entschiedener tadeln, weil sie uns absolut nichts sagen, worin dieses Wunderliche liegt und wie man zu ihm kommt.

Räteystem ist heute ein Wort, unter dem jeder, der es braucht, etwas anderes versteht, und diese, die es gebanntlos nachreden, verstehen überhaupt nichts darunter. Eine Partei aber, die um die Stimmen der Wähler wirbt, hat die Pflicht, allen zu sagen, was sie will. Mit Schlagworten, unter denen sich jeder etwas Besseres vorstellen kann, ist uns in unserer Not nicht geholfen.

Wir nehmen zugunsten der Unabhängigen an, daß sie unter dem Räteystem nicht etwa das russische verstehen, das in seiner Weise zur Nachahmung reizt. Das russische Räteystem ist weiter nichts, als das Mäntelchen für die Parteiführer einer Winderheit. Diese Fiktion hat zwar den guten Willen, aber nicht die Kraft, etwas Nützliches für die Arbeiter zu schaffen, und vor allem sie wirkt nicht durch die Arbeiter, sondern auf die Arbeiter. Auch heute noch hat die arbeitende Bevölkerung in Russland weniger zu sagen als in irgend einem anderen Lande der Welt. Und wenn die Bolschewiki nach ihrer Art ihr Bestes tun, so tun sie das — so nach der Art eines aufgeklärten Absolutismus — wohl für das Volk aber nicht durch das Volk?

Ein Räteystem in Deutschland oder in einem anderen Lande der Welt, das von einer kulturell hochstehenden, an demokratischen Mitbestimmungsrecht gewöhnten Bevölkerung demotiviert ist, müßte also jedenfalls ganz anders aussehen als das russische. Aber wie? Auf diese Frage haben wir noch niemals eine wirklich Klarstellende Antwort erhalten.

Welche Volksgenossen sollen Wahlrecht haben und welche sollen vom Wahlrecht ausgeschlossen sein? Wie will man für diesen Ausschluß eine allgemein verbindliche Regel aufstellen? Sollen die wirtschaftlichen Räte zugleich als politische sein? Wie will man bei der verschiedenen Größe und der Zerplitterung der Betriebe ein wirklich gleiches Wahlrecht durchführen? Wie will man jedem Wähler die volle Freiheit seiner Abstimmung sichern und die Wahlergebnisse zweifelhaft stellen? Soll der Zentralrat für das Reich in direkter Abstimmung über in indirekter gewählt werden? Und wenn die indirekte Abstimmung, womöglich noch in der dreifachen Abstufung von Reich, Provinz und Staat, besteht, wird, glaubt man dadurch dem arbeitenden Volk ein besseres Selbstbestimmungsrecht zu geben als durch die direkten Wahlen zum Reichstag? Was soll aus dem Recht des arbeitenden Volkes, in direkter Abstimmung Gesetze zu beschließen, werden, wie es durch die neue Verfassung eingeführt ist? Glaubst man, das Selbstbestimmungsrecht des arbeitenden Volkes erweitern zu können, wenn man dieses Recht beseitigt?

Alle diese Fragen bedürfen einer Klaren und einer eindeutigen Antwort, wenn man sehen soll, wofin die Sache eigentlich geht. Und das soll man doch! Die Wähler sind berechtigt, die Parteien zu fragen, wofin sie sie führen wollen. Die Unabhängigen geben aber auf diese Frage eine durch ihre Unklarheit volle nichts sagende Antwort.

Wagt weniger als das Ziel des Räteystems bedarf der Weg zu ihm einer vollkommenen Klarstellung. Die Einführung dieses Systems bedarf zweifellos einer Forderung des bestehenden Verfassung. Nach dieser Verfassung können Verfassungsmäßig entweder durch Abschlüsse der Reichsversammlung oder durch Volksentscheid in allgemeiner Abstimmung vorgehen werden. Einen anderen Weg, von der bestehenden Verfassung zu einer anderen zu gelangen, gibt es nicht. Haben die Unabhängigen die Absicht, amends Verwirklichung ihrer Ziele einen dieser beiden Wege zu beschreiten? Wollen sie den Kampf für ihr Ziel mit gewöhnlichen Mitteln führen und die bestehende Form der Demokratie auf dem Wege der Demokratie selbst verändern? Auch darüber wäre eine klare und unzuliegender Antwort dringend notwendig.

Der unabhängige Wahlaufbruch nennt, wiederum häufig die wichtigste als Mittel zum Ziel zu gelangen, die „Aktion der Masse“. Die Aktion der Masse kann sich mit dem Einmütigen vollziehen oder durch den Generalstreik oder mit 21-Zentimetergeschossen und noch anderen „Kraftmitteln“, die die kommunistische „Aktion der Masse“ als das richtige Mittel des Kampfes bezeichnet hat. Welche Aktion der Masse der Wahlaufbruch nun gemeint? Wollen die Unabhängigen die Verfassung auf verfassungsmäßigem Wege ändern, so wird diese Methode unseren Beifall finden, zum Ziel der

## Aufhebung der Welsborrechte.

In der Sitzung des preussischen Staatsministeriums vom Freitag wurde ein Gesetzentwurf über die Aufhebung der Standesvorrechte des Adels und die Aufhebung der Hausverträge angenommen. Danach werden die auf dem öffentlichen Recht beruhenden Vorrechte des Adels bis zum 1. April 1921, soweit sie die Rechte der in Artikel 57, 58, 59 des Grundgesetzes zum 1. April 1921 genannten Familien sowie des Herzoglich Sleswig-Holsteinischen, sowie der Mitglieder dieser Familie angeht, aufgehoben, soweit sie nicht bereits beseitigt worden sind.

Der Streik im Elbab.  
Nach Privatmitteilungen des elbischen Journalisten Grundbach an die „Humanität“ aus Weh ist der Streik in Elbab und Umgebung seit gestern allgemein. Das Eisenbahn- und Postpersonal habe sich ihm angeschlossen. Ein lebhafter Zwischenfall habe sich in Algringen bei Döbenhofen ereignet. Der Unterprekter von Döbenhofen sei dorthin geschickt und habe angeordnet, die Demonstrationszüge von Algringen plötzlich sein Auto verlassen und die Menge mit einem Revolver bedroht. Er und die beiden ihn begleitenden Wachen seien verhaftet worden. Der Unterprekter soll einen Brief oder Bajonettbrief erhalten haben. Nach einer anderen Meldung wurden zwei Schwabener Kavallerie nach Algringen geschickt. In Döbenhofen und Umgebung soll den Deutschen verboten worden sein, ihre Wohnungen zu verlassen, solange der Streik anhält.

Ein Heringsabkommen mit Norwegen.  
B.P. Berlin, 24. April. Im Auswärtigen Amt ist ein neues Heringsabkommen mit Norwegen unterzeichnet worden, das die Lieferung von einer Million Kilo Herings zum Höchstpreise von ungefähr 40 Millionen Kronen vorsieht.

Deutsche Angelegenheiten im englischen Parlament.  
Churchill erklärte im Unterhaus, daß die Alliierten sich über die Frage der Verteidigung der noch in Deutschland befindlichen 12 000 Flugzeuge verständigt. Auf eine Anfrage über die Bestimmung der Besatzung der Wiedergutmachung erwiderte der Schatzkanzler Chamberlain, es seien beträchtliche Lieferungen an Schiffen, Rohle usw. eingegangen, aber er könne den Geldwert dieser Lieferungen nicht angeben. Eine Anfrage, ob die englische Regierung bei der französischen Vorkriegsstellung wegen Verwendung schwarzer Truppen in den besetzten Gebieten erhaben habe, wurde von Bonar Law verneint. Er glaube nicht, daß es die Aufgabe der Regierung sei, über eine andere Regierung ein Urteil auszusprechen.

Das Wahlverbot in Osterreich.  
Gindenburg, 25. April. Ein anheerenderischer Bezirksrat der E. P. D. protestierte gegen das Wahl-

## Welsborrechte.

verbot der internationalen Kommission und sprach sich dafür aus, daß die oberste deutsche Sozialdemokratie nach wie vor allen Autonomiebestrebungen ablehnend gegenüberstehe.

Ein Kommunist in Schußhaft.  
In Frankfurt nahm die Kriminalpolizei gestern den Führer der kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, Ernst König aus Pfaffenloren, in Schußhaft. In Westfalen heißt er Winkler und ist mit dem bekannten Kommunisten aus Dillenburg-Gamborn identisch.

Krankenderversicherungsgrenze 12 000 Mark.  
B.P. Berlin, 24. April. (Drabtnachricht.) Nachdem am Freitag die Nationalversammlung sich für die Aufhebung der Krankenderversicherungsgrenze, worin die Versicherungspflicht bis auf Einkommen von 20 000 Mark festgesetzt wurde, ausgesprochen hat, hat die Regierung, sobald dem Reichstag eine neue Verordnung vorgelegt, worin die Versicherungsgrenze für den Grundlohn auf 24—30 Mark festgesetzt wird. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Verordnung ist auf den 3. Mai festgesetzt worden, während die neue Begrenzung des Grundlohnes vom 27. April ab Geltung haben soll. Der Reichstag nahm die Regierungsvorlage an.

Volen-Krauderungen.  
Bentzen, 25. April. In den obersteilischen Städten haben die Polen heute trotz des Verbots von Angehörigen Versammlungen zum Einspruch gegen den angeblichen Fehler der Deutschen veranlaßt und a. a. auch Entfernung der Polizeibehörde, Ausweisung der deutschen Agenten und der Führer der deutschen Bewegung verlangt. Die Verantwortlichen dieser Angelegenheiten sollen von der Enterte-Kommission zur Rechenschaft gezogen werden. Zwischenfälle sind bis jetzt nicht gemeldet.

Nus San Remo.  
Die Konferenz, die im Prinzip beschlossen, im nächsten Monat deutsche Delegierte nach Belgien zu einer Zusammenkunft mit Vertretern der Alliierten einzuladen, um über die Anwendung der Wiedergutmachungsbestimmungen zu beraten.

Der Sonderberichterstatter des „Antantagente“ meldet aus San Remo, daß man vielleicht Deutschland ein Heer von 150 000 Mann bewilligen werde.  
Paris, 25. April. Nach einer Havas-Meldung aus St. Etienne haben die Bergarbeiter der Loire gegen die Verteilung Kalkstein durch den Obersten Gerichtshof protestiert.

## Nus der Wertfakt der deutschen Revolution.

Nus Emil Barth's Revolutionserinnerungen:  
Von Geleit und Verbreden.  
SK. Der frühere Volksehrwürdige Emil Barth hat in dem bekannten unabhängigen Verlag von Adolf Hoffmann seine kritischen und Revolutionserinnerungen erscheinen lassen und damit zweifellos einen interessanten Beitrag zu einer der wichtigsten Perioden der deutschen Geschichte geliefert. Natürlich darf man nicht jedes Wort des Emil Barth schon als reine Wahrheit beschreiben. Denn wie man das, so wäre er im Deutschen Reich ungeschätzter als ein einziger Mensch von Wert und Charakter, aber leider labungstüchtig dadurch, daß alle anderen entweder Feind oder Verleumdung sind. Reichstümlich, feige, renommistischer, plump, demagogisch sind sie nach Barth alle, nicht nur die rechtssozialistischen Revolutionen, sondern (das versteht sich für Barth von selbst), sondern auch die Dittmann und Haase, die Liebknecht und Duxer. Emil Barth ist der einzige, der schon am 4. August gemerkt hat, wie lange der Krieg dauern und wie er enden wird. Emil Barth ist der einzige, der weiß, wann und wie man eine Revolution machen muß, und er hat deshalb die deutsche Revolution gemacht, er allein mit seinem Freunde Paul Cseret, nur gelegentlich rochenrich und gelegentlich ein wenig unterstützt von Dümmig und Richard Müller, von dem Übrigen nur abgemittelt und gebilligt. Diese Erklärung ist nicht in Barth's Darstellung nicht gar so arg, weil er auch nicht verkümmert, daß die anderen ihn dafür in den weissen Fäulen für nicht maßhaltig erklärt haben. Wer nicht hätte, soll

Verfassungsänderung werden vor Stellung nehmen, sobald es bekannt ist, und das ist ja bisher noch nicht der Fall. Denn das Räteystem ist kein Ziel sondern ein Schlagwort.

Anderen Methoden, eine Verfassungsänderung zu erzielen, müssen wir aber absehen. Wer glaubt, die Mehrheit des Volkes für seine Änderungspläne hinter sich zu haben, kann getrost den Weg zur Volksabstimmung beschreiten. Wer diesen Weg nicht betritt, zeigt damit, daß er etwas will, was die Mehrheit des Volkes nicht will, und er hat kein Recht, dem Volke seinen Willen aufzuzwingen.

Manchem mag die Distinktion über Begriffe wie Räteystem und Massenkraft als eine bloße theoretische Haarspalterei erscheinen. Aber dem ist nicht so, denn das Spielern mit diesen Begriffen hat schon Tausende an Arbeitenden von Taten und Willensverpflichtungen an wirtschaftlichen Gütern gekostet. Besser wird es nicht werden, solange nicht die Verwirrung aufhört. Es ist schwer zu verstehen, wie ein einigermaßen deutender Arbeiter nicht sozialdemokratisch unabhängig wählen kann. Wie kann man eine Partei wählen, die nichts sagt, was sie will?

In einer sozialdemokratischen Generalkonferenz-Versammlung für Ostfriesland, Westfalen wurde gestern abgehalten, das schon aus rein praktischen Erwägungen, insbesondere aber aus grundsätzlicher Begehrtheit die Sozialdemokratie sich gegen die Diktatur wenden müßte. Gerade durch die Ablehnung der Diktatur bei dem Rappenfisch in Berlin sei weiteres Untergehen vermieden worden.



50 000 Mann besaßen werden. Konstantinopel soll eine...  
Polizei-Truppe erhalten, die einer internationalen Kom-  
mission untersteht, deren Vorsitzende abwechselnd Frank-  
reich, England und Italien stellen sollen.

### Das Militärverorgungsgezet.

Im sozialpolitischen Ausblick der Nationalver-  
sammlung wurde die zweite Lesung des Versorgungs-  
gesetzes erörtert. Der Paragraph 27, der die Grund-  
rechte regelt, wurde unter Erörterung der Schwerbeschä-  
digtenzulage in folgender Aufstellung angenommen:  
In Grundrenten und Schwerbeschädigten-  
zulagen werden jährlich gewährt: Bei einer Minder-  
ung der Erwerbsfähigkeit von 20 Prozent 450 Mark  
Grundrente, von 30 Proz. 720 Mark Grundrente, von  
40 Proz. 900 Mark Grundrente, von 50 Proz. 1200 Mark  
Grundrente und 150 Mark Schwerbeschädigtenzulage,  
von 70 Proz. 1650 Mark Grundrente und 450 Mark Schwer-  
beschädigtenzulage, von 80 Proz. 1920 Mark Grundrente  
und 600 Mark Schwerbeschädigtenzulage, von 90 Proz.  
2160 Mark Grundrente und 900 Mark Schwerbeschädigten-  
zulage, bei Erwerbsunfähigkeit 2400 Mark Grundrente  
und 900 Mark Schwerbeschädigtenzulage.

Diese Erhöhung der Grundrente hat eine wesent-  
liche Steigerung aller übrigen Zulagen zur Folge.  
Von besonderer Bedeutung ist die Beschäftigung über  
die Erbschaften A 35 Proz., B 30 Proz., C 20 Proz., D 10 Proz.  
Paragraph 24 wird noch ergänzt durch folgenden Absatz:  
Soweit das reichsheimtunenerpflichtige Vaters-  
heimtun aus dem Erb-Einkommen der Witwen und  
Waisen besteht und nicht über 10 000 M. hinausgeht,  
ist die Waisenrente unverzüglich zu gewähren.  
Der Rest des Gesetzes wird angenommen.

### Teuerungszulagen für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebenen.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten hatte im  
Februar im Reichs-Protokollverhandlungen gegen die  
mangelhafte Versorgung der Kriegsbeschädigten und  
Hinterbliebenen veranlaßt und an die Reichsregie-  
rung die Forderung auf Gewährung einmaliger und  
laufender Teuerungszulagen gestellt. Nachdem am  
Dienstag der zweifache Monatsbetrag der Rente als ein-  
malige Teuerungszulage ausbezahlt wurde, ist nun der  
Forderung des Reichsbundes insofern stattgegeben, als  
bis zur Halbvermehrung der Bezüge nach dem neuen  
Preisverhältnismäßig zur Beschäftigung vorliegt, auf alle  
Bezüge der Kriegsbeschädigten vom 1. Mai ab 30 Proz.,  
und auf die der Hinterbliebenen 40 Proz. als laufende  
Zulagen gewährt werden.

### Deutsche Nationalversammlung.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr  
20 Minuten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhebt Abg. Kahl  
noch einmal Einspruch gegen die Hebung des Reichsjustiz-  
Ministers vom 14. und 15. April und verlangt die Zurück-  
nahme des dort enthaltenen Titates: Professoren, Juristen  
und Taugenossen kann man überall um Geld haben. (Un-  
ruhe links.)

Reichsjustizminister Hunsd legte dagegen nachdrückliche  
Sternachtung ein. Der Abgeordnete habe seinerseits von  
30 in 30 Sekunden in herabgelender Reize gesprochen.  
Um ihm vor Augen zu führen, wie verwerflich es sei, allge-  
meine Werturteile über einen Stand zu fällen, habe er, der  
Minister, den Ausspruch des hundertfachen Rühms ange-  
sprochen, ohne sich diesen Ausdruck des verachteten, moralisch  
verkommenen Monarchen zu eigen zu  
machen. (Im Saal unruhig, bei niedriger Ver-  
dächtigung. (Sturm rechts.)

Präsident Fehrenbach weist diesen Ausdruck zurück.  
Abg. Dr. Kahl (D. Vnt.): Im Auslegen leid nur recht  
mühter, legt für nichts aus, so legt was unter! (Beifall  
rechts: Sturm links.) Ihn zur Debatte und zum Urteil  
darüber auf, ob ein Mann, der so feindsinnig mit der Ehre  
anderer umgeht, an der Spitze des Reichsjustizministeriums  
sitzen kann.

Präsident Fehrenbach weist diesen Ausdruck zurück.  
Wenn können der Vorlaut des Ausspruchs jenes Königs  
gemäßig erweisen wäre, hätte er ihn zurückgelassen.  
Der Ausschuss für die Geschäftsordnung beantragt, die  
Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten

Beck-Doppelt (Soz.) in einem Verlesungsverfahren nicht zu  
erteilen. Der Antrag wird angenommen.  
Derleihe Ausschuss stellt den Antrag betreffs des Abge-  
ordneten Gener. Veitja und Dr. Meper-Sachsen (U. S.) auf  
Grund einer Strafanzeige des Rates der Stadt Leipzig,  
weil politische Motive vorgelesen hätten, nicht aber eine  
ehrliche Handlungswelle. Der Antrag wird angenommen.  
Derleihe Ausschuss stellt denselben Antrag betreffs des  
Abgeordneten Broß (U. S.) in der Landesratsangelegen-  
heit. Dagegen liegt ein Antrag vor, die Genehmigung zur  
Strafverfolgung zu erteilen, und ein weiterer, die Sache an  
den Ausschuss zurück zu verweisen, da sie nicht genügend ge-  
klärt sei. Nach längerer Geschäftsordnungssprache wird  
der Antrag auf Zurückverweisung angenommen.

Der Gesetzentwurf, betreffend das deutsch-französische  
Abkommen über die Zahlung der elsaß-lothringischen Pen-  
sionen wird in allen drei Lesungen angenommen.  
Zweite Beratung eines Gesetzentwurfes betreffend den  
Staatsvertrag über den Verleugung der Staats-  
eisenbahnen auf das Reich.

Abg. Dr. Beckers-Sellen (D. Vnt.) berichtet, über die  
Ausschussverhandlungen. Die Reichsregierung habe bei dem  
Vertrage den Ländern gegenüber sehr schicklich abgemittelt.  
Das Reich habe ungenügende Mehrzusagen. Hoffentlich  
würden die Länder die gemachten Vorteile nicht allzu  
schmerzlos aus. Nur in dieser Hinsicht könne der Aus-  
schuss die Annahme des Gesetzes empfehlen.

Reichsjustizminister Dr. Hunsd. Ich hoffe, daß wie  
der Ausschuss, so auch das Plenum die Vorlage mit über-  
wiegender Mehrheit annehmen wird. Die Verantwortung  
für die Vorlage mit Einschluß ihrer gesamten finanziellen  
Wirkungen übernimmt die Regierung vollkommen. Der  
Ueberrahmebericht ist durchaus angemessen. Die Reichsregie-  
rung konnte es nicht verantworten, den Vertrag scheitern zu  
lassen. Das Personal verlangt die Uebnahme auf das  
Reich wegen der Selbstbestimmung. Eine einheitliche Ver-  
waltung wurde auch erforderlich im Hinblick auf die örtlichen  
Streiks und Unruhen.

Abg. Gomborff (Bann. Vnt.) erklärt, daß seine Partei  
gegen das Gesetz stimmen werde.  
Der Gesetzentwurf wird angenommen.  
Der Gesetzentwurf über die Aufhebung der Ge-  
schäftsvereinigungen im Post- und Telegraphenverkehr  
wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Der Gesetzentwurf über die Aufhebung des bayerischen  
und württembergischen Postvereins wird ebenfalls in zweiter  
und dritter Lesung angenommen.  
Es folgt die zweite Lesung der Gesetzentwürfe be-  
treffend die Eisenbahnen und Fernverkehrsgebühren  
betreffend Postgebühren und betreffend das Postwesen  
des Deutschen Reiches.

Abg. Müller-Berlin (Soz.) bemängelt eine Reihe von  
Tarifforderungen, durch die besonders das Zeitungsgewerbe auf  
das schwerste befallen würde.  
Abg. Trimborn (Zr.) beantragt, die Zeitungsgewerben  
erst vom 1. Oktober ab in Kraft treten zu lassen.

Reichspostminister Giesberts: Diese Vorlagen sind eine  
Warnungstafel. Wir haben volles Verständnis für die  
schwierige Lage der Presse, aber ich vermute sehr nur, das  
Festhalten herauszuhalten. Mit dem Antrage Trimborn kann  
ich einverstanden sein. Eine Reform des Schieds-  
verfahrens erwarte ich schon lange.

Abg. Nische (Dem.): Wir sehen in den neuen Gebüh-  
ren eine katastrophale Belastung des Verkehrs. Die Ge-  
bühren dürfen nur proportional sein. Die Postver-  
waltung muß aufhören, wie sie neue Erparnisse macht. Die  
Telephonanlage wird von uns abgelehnt.

Abg. Braun (Dn.): Das Zeitungsgewerbe, besonders  
die kleineren Verlage, werden mit dem Ruin bedroht. Der  
Zustand bis 1. Oktober ist dringend nötig.

Abg. Wolf (D. Vnt.): Wir können uns nur schwer  
enthalten, den erhöhten Gebühren zuzustimmen. Wir  
vermissen die Bemühungen der Postverwaltung, Erparnisse  
und neue Einnahmen aus anderen Quellen herbeizuführen.  
Die Tarifanforderungen sind unmöglich.

Der Reichsjustizminister bittet um Ablehnung der vor-  
liegenden Anträge.  
Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums verteidigt  
insbesondere die Joangangsanteile. Bei dem höchsten Stande  
des Posttarifs sei eine freie Anleihe unmöglich.

Abg. Kubel (U. S.): Die Herren von der Postver-  
waltung haben sich die Sache sehr leicht gemacht. Wir sind  
überzeugt, daß im Volkstriebe andrerweit große Erparnisse  
gemacht werden könnten. Die Vorlage ist unannehmbar.  
Abg. Tel (Bann. Vnt.) wendet sich gegen die Telephon-  
nebenvermehrung im Interesse der kleinen Gewerbetreibenden.

Der Antrag auf Streichung der sogenannten  
Joangangsanteile wird abgelehnt, mit einer

geringen Mehrheit bei schwach belehntem Hause, ebenso in  
der sozialpolitischen dritten Lesung. Angenommen  
wird ein Antrag Trimborn, der den periodisch erscheinenden  
Zeitungen eine Vergütung bringt, ebenso  
der Antrag Trimborn, der die Zeitungsgewerben  
erhöhung bis zum 1. Oktober hinauschiebt. Die  
Votagefesse werden in zweiter und dritter Lesung ange-  
nommen.

Zu einem Gesetzentwurf über Abgabe zum Baukosten-  
ausgleich bittet der Reichsarbeitsminister Schiffe um Ueber-  
weisung an einen Ausschuss.

Abg. von Paner (Dem.) bittet im Einverständnis mit  
dem Generationsrat wegen der Minderheit des Gegen-  
standes das Gesetz nicht mehr in der Nationalversammlung  
zu beraten.

Das Gesetz geht an den Wohnungsausschuss.  
Ein Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft betref-  
fend Annahme von Kriegsanleihen an Zahlungsstatt wird  
erledigt.

Reichsfinanzminister Wirth erklärt im Laufe der ent-  
standenen Aussprache über die Frage, im Ministerium in  
den nächsten Tagen in Besprechungen mit Abgeordneten und  
Interessierten einzuwirken zu wollen.  
Nächste Sitzung Montag 1 Uhr: Notetat in Verbin-  
dung mit Anträgen.  
Schluß 8 Uhr.

### Preussische Landesversammlung.

Ab 1. Oktober Grob-Berlin.  
Die Beratung über den Gesetzentwurf Grob-Berlin  
wurde am Sonnabend in der Landesversammlung zu  
Ende geführt. In der zweiten Lesung brachen die  
Demokraten mit Hilfe der Rechten und des Zentrums  
noch die Verfassungsänderung in die Vorlage, daß das Gesetz  
erst am 1. Oktober dieses Jahres tritt am 1. Juli in  
Kraft treten soll. In der dritten Lesung blieb der  
Entwurf so wie er in der zweiten Lesung gekommen  
war, unverändert, obwohl zwei Sammelanträge nötig  
wurden. Einmal hatten die Deutschnationalen den  
Antrag aus der zweiten Lesung wieder aufgenommen,  
daß Grob-Berlin nicht Einheitsgemeinde, sondern Ge-  
meinschaft werden sollte. Dafür trugen wieder die  
Rechten ein, sie brachten jedoch nur 101 Stimmen gegen  
die 118 der beiden sozialistischen Fraktionen und des  
Rechts der Demokraten an. Auch der Antrag unserer  
Genossen, das Gemeindefachrecht der neuen Stadt dem  
Landtagswahlrecht entsprechend zu gestalten, wurde mit  
den 118 Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen die  
101 Stimmen der Sozialdemokraten und Unabhängigen  
abgelehnt. Bei allen Abstimmungen bildet n somit die  
Demokraten das Ärgelstein an der Waage, und nur ihnen  
ist es zu verdanken, daß schon das Kompromiß-  
sämmerlich ausgearbeitet ist- und auch das Anfratieren  
des Gesetzes jetzt noch hinausgeschoben wurde. Am  
Montag will das Haus die Verfassungsberatung be-  
ginnen.

### Parteinachrichten.

Aus Berlin. Eine Parteifunktionärkung der  
S. P. D. beschäftigte sich vorige Woche mit den Wahlen.  
Da in unserer Berliner Parteioffizialisation eine so ge-  
nannte Disposition besteht, so folgten in dieser Sitzung  
die Gegenstände zwischen Berlin und der vorhereriden  
den Richtung zum Antrag. Gen. G. K. K. K., ein  
Vertreter der Opposition, hatte das Referat, während  
die andere Seite nur in der Diskussion sprach. Nicht  
vertraut folgende Gesichtspunkte: Weg mit der Kon-  
dition, Schaffung einer Arbeitermehrheit und Arbeiter-  
regierung. Die Räte müßten mehr zur Mitarbeit  
herangezogen werden, als das bisher geschehen ist, die  
Sozialisierung müßte fortgesetzt werden. Es sei ein  
Schlagwort, daß man einen Bauferat nicht soziali-  
sieren könne, es gäbe aber viele Betriebe und besonders  
Subditate, die sehr große Gewinne abwerfen. Es wäre  
wohl möglich, auch mit bloß 48 Prozent Vertreter im  
Parlament regieren zu können.

Die Debatte zeigte, daß die Parteigenossen der  
Minderheit und der Mehrheit in vielen politischen  
Fragen und insbesondere in ihren Empfindungen  
durchaus einig sind. Man hat keine Freude an der  
Konkision, man hegt das lebhafteste Vertrauen, durch die  
Wahlen aus ihr herauszukommen, man müßte die so-  
zialistischen Demungen, die sich einer volkstümlichen Ver-  
feinerpolitik entgegenstellen, befeitigt leben, man

# Preiswertes Frühjahr-Angebot!

<b>Wasch-Stoffe!</b> bedruckt, 75 cm breit, große Sortimente Mitar 23.00 25.19 <sup>95</sup> Voiles bedruckt, 75 cm breit, Tulpen, Blumen und Sirenen . . . . . Meier 23.00 22.80 Batiste bedruckt, 75 cm breit und bestickt Mitar 35.00 27.50 23.50 21 <sup>00</sup> Weiß-Voileu, Batiste 85 cm Br., gr. Muster- entwurf . . . . . Meier 45 <sup>00</sup> Batik-Waschstoffe	<b>Damenbekleidung!</b> farbig, gestreift und gemustert Verarbeitung 37.50 45.50 blendend schön, aus Vollseide gestickt u. bestickt. 99.00 67.50 Weiße Blusen mit Gürtel u. gross. Kragen in mod. Farbe 375.00 245.00 Straßenmäntel Impfen. off. u. geschl. z. trag. in viel. Farben 650.00 450.00 Seidenmäntel	<b>Damen-Hüte!</b> moderne Farben 22 <sup>00</sup> 5.00 35.00 Schicke Borenhüte Flotte Sporlhüte mit Bandgarnitur 5 <sup>25</sup> 7.50 15.00 Fesche Backfischhüte m. Band-u. Blumen- garnitur 38.00 25.00 Elegante Damenhüte in vernehmen Ge- schmack 135.00 75.00 45 <sup>00</sup>
--	--	--

Geschäftshaus **J. LEWIN** HALLE an der Saale  
Marktplatz 2 u. 3.



müht sich einen stilleren, entschlossenen Kurs. In diesem Zweck und um den Kampf gegen rechts mit aller Kraft führen zu können, möchte man gerne die emigen Kämpfer um den Unabhängigen durch eine verständnisvolle gesellschaftliche Unterstützung erleichtern.

Zudem konnte die B. D. nicht die Mehrheit der Stimmen auf seine vornehmliche Resolution verlangen, sondern es wurde die nur in der Diskussion begründete Resolution Krüger-Stampfer angenommen, die hier folgt:

Die Parteifunktionäre der S. P. D. Groß-Prussia erklären in der Mehrheit mit energischen Zurückhaltung der Partei eine Resolution, insbesondere hinsichtlich die Demokratisierung aller öffentlichen Beamten.

tionen, die Demokratisierung der Verwaltung und die Sozialisierung betreffen, die dringendste Aufgabe der Regierung, die nur bei deren Erfüllung die Unterstützung der Arbeiterkraft finden kann.

Die bevorstehende Reichstagswahl muß von der Arbeiterkraft dazu benutzt werden, eine sozialdemokratische Parlamentsmehrheit zu schaffen, um die Bahn frei zu machen für eine entschlossene und reine demokratische und sozialistische Politik.

demokratie verlangte der Fraktionsvorsitzende Eimermann, daß die Einigung mit den Unabhängigen nicht abhängig gemacht werde von der Entfernung der Demokraten aus der Regierung.

Ämliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S. Bekanntmachung. Nach dem Gemeindefestgesetz vom 19. März 1912, April 1920 wird am 1. April d. N. an den hiesigen hildlichen Mittel- und höheren Schulen das Schulgeld nach folgenden Sätzen erhoben:

Lebensmittel-Kalender. Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Buchweizen, Reis, Mais, Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Obst, Gemüse, Fleisch, Fisch, Milch, Butter, Eier, Honig, Zucker, Salz, Pfeffer, Gewürze, Backwaren, Getränke.

Lehrzeit 5 Mrk. und für eine Einhalbjährige Kursgebühr 11 Mrk. Die Parteifunktionäre sind auf dem hildlichen Schulhofe und unter Aufsicht der Polizei zu versammeln.

Walthalla-Operntheater. Anfang 10 Uhr. Letztes Auftreten von Edmund Ferry! Zum letzten Male Eine Nacht in Venedig.

S. P. D. Gisleben. Mittwoch, den 28. April, abends 8 Uhr im Wiesenhaus Große öffentliche Versammlung. Reichstagskandidat Genosse Prof. Waentig-Halle a. S. spricht über das Thema: „Deutschlands Schicksalsstunde.“

UT Leipzig. Ossi Oswald, Henny Porten, Hundemannchen, Kobalieses Töchter, Tot od. Scheintot?, Frauenehre, Kunstkopien und Handweberei.

Beilinkäufen. Anpollo-Theater. Das Glücksmädel. Gummi-Absätze, Lederhandlung.

Stadttheater. Dienstag, den 27. April, Abg. 7, Ed. n. 10 Uhr. Der Wildschütz. Mittwoch, den 28. April, Abg. 7, Ed. n. 10 Uhr. Der Wildschütz.

Mai-Festzeitung 1920. Die Illustrationen und Text hervorragend künstlerisch ausgestattet und verbund wirkende diesjährige Mai-Festzeitung (Preis 50 Pfg.)

Ein wertvolles Buch in der Arbeiter-Bibliothek. Ein Jahr im Dienste der russischen Sowjetrepublik von Michael Smilg-Benariss.

Ämliche Bekanntmachungen. Bekanntmachung. An der Nacht vom 18. April 1920 wurden in der Nähe des Meißnerwerkes bei Gietzfeld der Handelsmann Wilhelm Droschke und in derselben Nacht in Gietzfeld dessen Ehefrau durch Pistolenschläge und Messertiefen ermordet.

Raufzucht. Die höchsten Preise für alle Sorten, Woll, junge Maschinenanlagen ganz schwarze Reie. K. Köhler, Reiner Sandberg 23, Teichweg 51/2.

Alt-Metalle. Kauft e. h. h. Preis. Gebr. Plesio, Gr. Brauhausstr. 29. Vermischtes. Bestes Aufwusch-, Putz- und Reinigungsmittel für alle Zwecke!

Man spart Arbeit und Geld! Colonialwaren, Drogen, Küchengeräte und Seltensandlungen.

Man spart Arbeit und Geld! Chem. Werke Kemnitz, G. m. b. H., Kemnitz-Mügelin, Bez. Leipzig.

Papier steht sehr hoch. Ich zahle die allerhöchsten Preise. Rufen Sie 3263 an, sofort wird abgeholt! Anna Theuring, Nur Gr. Wallstraße 42.

Ämliche Bekanntmachungen. Bekanntmachung. An der Nacht vom 18. April 1920 wurden in der Nähe des Meißnerwerkes bei Gietzfeld der Handelsmann Wilhelm Droschke und in derselben Nacht in Gietzfeld dessen Ehefrau durch Pistolenschläge und Messertiefen ermordet.

Ämliche Bekanntmachungen. Bekanntmachung. An der Nacht vom 18. April 1920 wurden in der Nähe des Meißnerwerkes bei Gietzfeld der Handelsmann Wilhelm Droschke und in derselben Nacht in Gietzfeld dessen Ehefrau durch Pistolenschläge und Messertiefen ermordet.

Ämliche Bekanntmachungen. Bekanntmachung. An der Nacht vom 18. April 1920 wurden in der Nähe des Meißnerwerkes bei Gietzfeld der Handelsmann Wilhelm Droschke und in derselben Nacht in Gietzfeld dessen Ehefrau durch Pistolenschläge und Messertiefen ermordet.

Ämliche Bekanntmachungen. Bekanntmachung. An der Nacht vom 18. April 1920 wurden in der Nähe des Meißnerwerkes bei Gietzfeld der Handelsmann Wilhelm Droschke und in derselben Nacht in Gietzfeld dessen Ehefrau durch Pistolenschläge und Messertiefen ermordet.

Ämliche Bekanntmachungen. Bekanntmachung. An der Nacht vom 18. April 1920 wurden in der Nähe des Meißnerwerkes bei Gietzfeld der Handelsmann Wilhelm Droschke und in derselben Nacht in Gietzfeld dessen Ehefrau durch Pistolenschläge und Messertiefen ermordet.



